



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

15. Dezember 1950

P/V/298

Hinweise
auf den Inhalt:

Diplomatenschulung	S. 1
Dreier-Konferenz und England	S. 3
Hundhammer verhindert Koalition	S. 4
Kinderverschickung ins Ausland	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Diplomatennachwuchs aus Bonn

d.g. Mit dem Aufbau von Auslandsvertretungen hat die Bundesrepublik vor Monaten einen ersten Schritt in der Richtung der Wiederengewinnung eines Teiles ihrer Souveränität getan. Sie begegnete dabei nicht geringen Schwierigkeiten politischer, personeller und technischer Natur. Sollte doch ein auswärtiger Dienst aufgebaut werden, der nicht die Exklusivität des früheren "AA" besass, sondern alle Volksschichten zum diplomatischen Dienst zuließ. Dieses Vorhaben muss bis jetzt als misslungen bezeichnet werden. In der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten gibt es sowohl noch ehemalige Mitglieder der NSDAP, wie solche von Altherrenverbänden, von Corps. Begründung: man könne nicht auf die Erfahrungen dieser Männer verzichten. Die in kurzen diplomatischen Nachwuchshehrgängen in Speyer bisher herangebildeten Personen können den Personalmangel nur allmählich beseitigen. Bisher sind aus diesen Kursen rund 50 Anwärter hervorgegangen. Ein letzter Kurs wird weitere 25 bis 30 Personen zur Verfügung stellen. Damit wird die provisorische Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses ihren Abschluss finden und soll durch die ursprünglich langfristige (zweijährige) Ausbildung abgelöst werden. Der erste Lehrgang dieser Art soll bereits in den nächsten Wochen in Bonn beginnen, sich gleichfalls wiederum auf Anwärter mit abgeschlossenem Hochschulstudium erstrecken, aber entgegen den bisherigen Lehrgängen nur junge Menschen zusammenfassen, die innerhalb der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten zuerst einen Einblick in die praktische Arbeit erhalten sollen, dem dann die theoretische Schulung und eine Ab -

schlußprüfung folgen sollen.

Die Gefahr der Restauration der Wilhelmstrassen-Garnitur bestand auf einem Sektor des auswärtigen Dienstes nicht, auf dem man völliges Neuland betreten musste: bei der Einrichtung der sogenannten Sozialattachés, einer Analogiebildung zu den besonders in den englisch-amerikanischen Staaten üblichen Labour Advisors, deren Tätigkeit in der Betreuung eigener notleidender Staatsangehöriger im Ausland, in der Berichterstattung über Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege und in der Verbindung zu den Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Frauen- und Wohlfahrtsverbänden besteht und schliesslich in der Mitwirkung beim Abschluss von Verträgen, in denen sozialpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Bei der Auswahl der Bewerber für diesen Dienst entscheidet weniger die theoretische Vorbildung als das Wissen, die praktische Erfahrung, die Aufgeschlossenheit und die charakterliche Eignung.

So nimmt es nicht wunder, wenn die Anwärter auf die demnächst zu besetzenden Posten folgenden bunten Querschnitt ergeben: Wirtschaftswissenschaftler, Arbeiter, ehemalige Offiziere, die Witwe eines ehemaligen deutschen Gesandten und schliesslich die Witwe eines hohen Militärs, der ein Opfer des 20. Juli 1944 wurde. Aber diesem bunten Bild der Herkunft steht das fast geschlossene Bild gleichwertiger Persönlichkeiten mit hohen menschlichen Eigenschaften und praktischem Wissen gegenüber. Ehe sie ins Ausland gehen, absolvieren sie kurze "Gastspiele" in Bonner Bundesministerien (Arbeit, Inneres, Flüchtlingswesen, Verkehr).

Unter den neuen Sozialattachés befinden sich, wie erwähnt, einige Frauen, wie auch die Bonner Zentrale der Sozialreferenten im Bundeskanzleramt in den Händen einer Frau liegt. Man weiss hier, dass die weibliche Mentalität gerade auf diesem Arbeitsgebiet der männlichen "Konkurrenz" einiges voraus hat. Der Ausbildungsgang der Sozialattachés und auch die Voraussetzungen, die man an die theoretische Vorbildung setzen soll, scheinen aber noch nicht endgültig geklärt zu sein. Es gibt bereits warnende Stimmen, die darauf hinweisen, dass man auch die Sozialattachés in der theoretischen Vorbildung ihren Kollegen in den übrigen Konsularabteilungen gleichsetzen sollte; um zu verhindern, dass sie einmal zu Stiefkindern unserer Auslandsvertretungen werden; eine Gefahr, für die zumindest die Behandlung sozialpolitischer Anliegen durch die gegenwärtige Regierung einigen berechtigten Anlass zu bieten scheint.

England vor der Dreier-Konferenz

F.S.London, im Dezember

Wenige Tage vor Beginn der Dreier-Konferenz in Brüssel ist man sich in parlamentarischen Kreisen Englands völlig darüber klar, dass jede Art der Beteiligung Deutschlands in der Wiederaufrüstung mit politischen Konzessionen verknüpft sein muss. Die Fragen der Gleichberechtigung, des Besatzungsstatuts und der Besatzungskosten, der unabhängigen Selbstverwaltung, der Produktionserhöhung und der Anerkennung des diplomatischen Status werden zwar noch Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, aber doch zu Lösungen führen, die verhältnismässig schnell gefunden werden, um zu verhüten, dass die Abneigung und Verwirrung in der deutschen Bevölkerung die Verhandlungen mit der Bundesregierung schwieriger gestalten. Innerhalb der Labour-Fraktion beider Parlamente wird immer noch angenommen, dass die Opposition nachlässt, wenn die Westmächte in der Frage der militärischen Garantie Zusicherungen geben, soweit sie überhaupt in ihrer Macht stehen, auch wenn sie nicht alle Voraussetzungen erfüllen. Massgebliche militärische und politische Kreise im Unter- und im Oberhaus drängen die Regierungsvertreter zu weitgehenden Konzessionen auch auf militärischem Gebiet. Von den drei Parlamentsfraktionen kann festgestellt werden, dass ihnen nicht daran liegt, sich nur die Stimmen der deutschen Regierungsparteien zu sichern; Konservative und Liberale vertreten gemeinsam mit der Linken die Auffassung, dass von einer wirklichen Beteiligung der Bundesrepublik erst gesprochen werden kann, wenn auch die Opposition ihre Zustimmung nicht mehr verweigert.

Diese Situation etwa ergibt sich in London nach der ausserpolitischen Debatte um Attlees Washingtoner Reise. Man hatte in London nicht damit gerechnet, dass der Besuch Attlees in Amerika erhebliche Änderungen in der Aussenpolitik Grossbritanniens zur Folge haben werde. Die Gerüchte über Rücktrittsabsichten Bevin sind verstimmt, der Aussenminister hat immer noch die Rückendeckung der Gewerkschaften, ohne deren Unterstützung die Regierung nicht im Amt bleiben könnte. Aber auch die Opposition hat nicht die Absicht, die gegenwärtige Aussenpolitik zum Stein des Anstosses zu machen. Die Notwendigkeit, sich wenigstens innerhalb eines politischen Sektors auf gemeinsamer Basis bewegen zu können, ist viel zu gross, als das man darauf verzichtete, alle Berührungspunkte zu verlieren. Neuwahlen würden keine wesentlichen Veränderungen bringen; selbst eine konservative Regierung mit

oder ohne Hilfe der Liberalen würde als parlamentarische Mehrheit nicht stärker sein als die Regierung Attlee. Bei einer Zuspitzung der Aussen-oder innenpolitischen Situation wäre die Bildung einer Koalition viel wahrscheinlicher, zumal innerhalb der Labour-Fraktion dafür Stimmen laut werden, die noch vor ein paar Monaten nichts davon wissen wollten.

Da der Sprecher des Foreign Office die Absage Bevins nach Deutschland zu kommen, ohne neuen Reiseternin bekanntgab, ist nicht anzunehmen, dass vorläufig ein neues Datum genannt wird. Massgeblich für die Absage war lediglich die Tatsache, dass durch die Verhandlungen Attlees in Amerika und durch die Anwesenheit der französischen Minister auch die Deutschland-Politik neu aufgerollt wurde. Bevin - in dieser Politik stets abhängig von amerikanischen und französischen Einflüssen - war zum Abwarten gezwungen. Die in Aussicht stehende Zusammenkunft Trumans mit dem französischen Aussenminister - der schon während seiner Anwesenheit in London bereit war, mit Attlee nach Washington zu fliegen - lässt darauf schliessen, dass sich der englische Standpunkt mit mehr Bewegungsfreiheit besonders in der Wiederaufrüstung durchsetzte.

- - - - -

Dr. Hundhammer verhindert Regierungsbildung

M.R.München, im Dezember

Die Koalitionsverhandlungen in Bayern erreichten einen toten Punkt. Die Verantwortung dafür liegt bei der CSU, oder wenn man die Dinge schärfer profilieren will, bei Dr. Alois Hundhammer.

Das Wahlergebnis in Bayern hat zwei gleich starke Parteien ergeben: SPD und CSU. Nichts wäre natürlicher, als dass diese in Koalition den Kern der neuen Regierung bilden, zumal sie zusammen 127 Sitze von insgesamt 204 innehaben und somit eine absolut tragfähige Plattform bilden könnten. Durch die Hereinnahme des BHE und eventuell der FDP könnte diese Plattform noch um 32 Sitze erweitert werden.

Dass die Verhandlungen zu scheitern drohen und das Gespenst von Neuwahlen umgeht, liegt allein an Dr. Hundhammer. Bereits im Wahlkampf hat die SPD erklärt, dass anstelle Dr. Hundhammers ein toleranterer Mann die Führung der bayrischen Kulturpolitik übernehmen müsse. Dabei

ging es ihr nicht um die Person, sondern um die Politik, die Dr. Hundhammer betrieben und die auch in katholischen Kreisen immer stärkeres Missbehagen ausgelöst hat. Dr. Hundhammer aber oktroyiert seinen Parteifreunden geradezu den Komplex, dass nur er in der Lage sei, die Aufgaben eines Kultusministers in Bayern zu erfüllen.

Dr. Hans Ehard sieht sich in arger Bedrängnis. Eine Koalition mit der Bayernpartei könnte ihm evtl. die Wahl ermöglichen, müsste er nicht befürchten, dass ihm aus seinen eigenen Reihen mindestens vier Abgeordnete die Gefolgschaft versagen. Dr. Ehard würde damit neben den bayrischen Ministerpräsidenten auch den Bundesratspräsidenten, auf den er grossen Wert legt, aufs Spiel setzen. Das weiss er zu genau, aber er scheint nicht die Kraft zu haben, Hundhammer in die Schranken zu weisen. Seine zögernde Politik hat Hundhammer in die Lage versetzt, diese beherrschende Stellung einzunehmen.

Es hat den Anschein, als ob Dr. Hundhammer Bayern in einen "Kulturkampf" um seine Person hineinstürzen will. Niemand ausser Dr. Hundhammer ist an einer solchen Auseinandersetzung interessiert. Die zahlreichen Unterhaltungen mit Dr. Ehard haben gezeigt, dass er Realpolitiker genug ist und diese gefährliche Entwicklung sieht. Es ist ihm auch klar genug gesagt worden, dass die SPD nicht sich und nicht die Verfassung mit irgendwelchen taktischen Wankelzügen überspielen lässt.

Die SPD in Bayern ist nach wie vor bereit, den Auftrag der Wähler zu erfüllen und den ihr zukommenden Teil an Verantwortung zu übernehmen. Sie ist ebenso bereit, mit allen positiven Kräften zusammenzuarbeiten. Sie wird aber einer Politik, die nur um eines Mannes willen getrieben wird, eine scharfe Opposition entgegensetzen.

- - - - -

KP - Ortsgruppe aufgelöst

sp. Die Ortsgruppe Annweiler (Pfalz) der KP hat sich selbst aufgelöst. Der von der KP gewählte Stadtrat und vormalige zweite Bürgermeister Otto Rees hat sein Mandat niedergelegt. Man vermutet, dass die Mitglieder der KP über kurz oder lang ihrem früheren Landesleiter Herbert Müller nachfolgen und in der Mehrzahl der SPD beitreten werden.

- - - - -

500 deutsche Kinder nach Holland

sp. In diesen Tagen verliessen 250 Kinder aus Berlin und 250 Kinder aus dem Gebiet Watenstedt-Salzgitter Deutschland, um auf Einladung der "Humanitas" drei Monate in Holland zu verleben. "Humanitas"; die holländische Schwesterorganisation der Arbeiterwohlfahrt, hat alle 500 Kinder in Privatpflegestellen untergebracht. Sie wurden auf 154 Orte in Holland verteilt. Es sind durchweg gesundheitlich gefährdete Kinder. Drei Monate werden nun diese Kinder keine Trümmer sehen und frei von wirtschaftlicher Not leben.

Von der Verschickung der Kinder erhofft die Arbeiterwohlfahrt neben der Kräftigung der Gesundheit auch die ~~Kämpfung~~ Knüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu der anderen Nation. Die bislang durchgeführten Transporte nach England haben gerade in dieser Beziehung gute Resultate gebracht. Es wäre zu wünschen, dass der Aufenthalt in Holland gleiche Ergebnisse zeitigt.

+ +

Auf Einladung des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerkes verschickt die Arbeiterwohlfahrt gegen Ende dieses Monats 22 junge Mädchen in die Schweiz. Es handelt sich bei den Verschickten um erholungsbedürftige Jugendliche aus dem Notstandsgebiet Watenstedt-Salzgitter. Während ihres dreimonatigen Aufenthaltes in der Schweiz werden die jungen Mädchen Gelegenheit haben, in besonderen Kursen die Haushaltsführung gründlich zu erlernen. Zu diesem Zweck wurden vom SAH besondere Fachkräfte engagiert. Während der drei Monate werden die Mädchen in einem Erholungsheim des SAH im herrlichen Tessin leben. Sollte nach Beendigung der drei Monate bei den jungen Mädchen der Wunsch bestehen, praktische Erfahrungen in Schweizer Haushalten zu sammeln, wird auch hierzu Gelegenheit gegeben werden.

Polizeimajor Heinrich in Bautzen verstorben?

sp. Auf eine Notiz des "Berliner Stadtblattes" vom 28.10.1950 über den seit dem 2. August 1945 von den Russen verschleppten Polizeimajor Heinrich, den nach der Kapitulation Berlins 1945 ersten Chef der neuen deutschen Polizei, meldete sich der aus dem KZ-Lager Bautzen entlassene Horst Schmidt, Berlin und erklärte: er habe Polizeimajor Heinrich im Tbc-Barackenlager Bautzen bis 1949 selbst gepflegt. Polizeimajor Heinrich sei 1949 dort verstorben.

Heinrich war am 2. August 1945 zu dem neu von den Russen eingesetzten Polizeipräsidenten Markgraf eingeladen und soll von russischen Offizieren verschleppt worden sein. Die Kommunisten und mit ihnen die Russen haben Heinrichs nie vergessen, dass er anlässlich kommunistischer Unruhen in Berlin vor 1933 Leiter einer Polizeiaktion gewesen ist.

+ +

Nachrichten aus der Sowjetzone:Exportserien bei Zeiss

sp. Wie das Ostbüro der SED erfahren hat, zerbricht man sich im Aussenhandelsministerium der DDR die Köpfe wegen des Exportplans der Zeisswerke in Jena. Das Soll für den Export in Thiele-Uhren ist überhaupt nicht zu erreichen, da die Glashütte nicht voll liefert und auch sonst die Uhrenfertigung in der Sowjetzone nicht exportorientiert ist. Auch dem Export von Kino-Apparaturen und Reproduktionsröhren stehen grosse Schwierigkeiten im Wege, da die Preise für diese Erzeugnisse bei geringerer Qualität wesentlich über dem Weltmarktniveau liegen. Die Zeiss-Werke sind einer der wichtigsten Exportbetriebe der Sowjetzone. Das Exportminus bei Zeiss wird auf rund 5,5 Millionen Dollar geschätzt. Trotzdem ist bereits die Übererfüllung des Zweijahresplanes gemeldet worden.

+ + +

Die Wahrheit wäre gefährlich

sp. Der ostzonale Aussenhandelsminister Handke hat an alle Dienststellen die Anweisung gegeben, dass an Delegationen und Handelsgesellschaften der UdSSR und der Volksdemokratien auf keinen Fall die Auskunft gegeben werden dürfe, die in den Handelsverträgen vorgesehenen Lieferungen könnten wegen Materialmangels nicht durchgeführt werden. In schwierigen Fällen müsse im Ministerium Rücksprache genommen werden.

+ + +

Über die Gestaltung des Weihnachtsfestes in der Ostzone kann man in der "Freiheit" (SED-Sachsen-Anhalt) u.a. lesen:

"Wir suchen für die Gestaltung von Weihnachtsfeierstunden neue Lieder, Gedichte, Kurzgeschichten und vor allen Dingen kurze Laien- und Stegreifspiele, die zum Weihnachtsfest Beziehung haben und möglichst folgende Probleme behandeln: Völkerfreundschaft, Kampf um den Frieden, Unterdrückung der kolonialen und halbkolonialen Völker durch die Imperialisten, Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (z.B. Weihnachtsfest eines westdeutschen Arbeitslosen)."

+ + +

Nach vier Monaten 14 Löcher

"Im Juni dieses Jahres brachte ich einen Kaffeekessel für 14,80 DM vom Naumburger Wochenmarkt mit nach Hause. Wir freuten uns, dass es wieder gute Ware gibt, denn er sah wirklich wie gutes Aluminium aus. Doch das schien nur so. Jetzt, nach vier Monaten, hat er rundherum vierzehn Löcher. Ich glaube, dass man für das Geld wohl bessere Ware erwarten kann.

"Das Volk" (SED-Thüringen)

+ + +

 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt